



Interviews

Datum: 12. Januar 2024

Winfried Kretschmann, Grüne, Ministerpräsident Baden-Württemberg, im Gespräch mit Philipp May

Philipp May: Es scheint, kaum noch jemanden zu geben, der mit der Arbeit der Ampel zufrieden ist. Jüngstes Beispiel: Die Streichung der Agrardiesel-Subvention. Selbst die Mehrheit der SPD-Ministerpräsidenten fordert mittlerweile bekanntlich die Rücknahme aller Streichungen. Der massive Bauernprotest, der längst über die Bauernschaft hinausgeht, zeigt Wirkung. Das hat auch der grüne Ministerpräsident Baden-Württembergs, Winfried Kretschmann, zu spüren bekommen, als er sich unter der Woche gemeinsam mit seinem Parteikollegen und Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir einem Bürgerdialog in Erlenbach stellte. Vor der Sendung hatte ich Gelegenheit, mit Winfried Kretschmann zu sprechen. – Guten Morgen, Herr Kretschmann.

Winfried Kretschmann: Guten Morgen!

May: Sind Sie auch gegen die Ampel?

Kretschmann: Ich bin nicht gegen die Ampel; ich bin gegen diesen Beschluss der Ampel. Solch einen Beschluss Knall auf Fall zu fällen und die Bauern in der Weise überproportional zu belasten, von heute auf morgen, so was geht einfach nicht und das kann man nicht wirklich begründen.

May: Nun ist es nun mal so, dass gespart werden muss, durch das Bundesverfassungsurteil. Wo würden Sie denn den Rotstift ansetzen?

Kretschmann: Weil ich den Rotstift nicht selber ansetze, habe ich jetzt, nachdem sie diesen Beschluss jetzt doch sehr stark gemindert haben, nicht weitere Forderungen aufgestellt. Ich bin zurückhaltend, das müssen sie selber entscheiden. Aber das geht auf keinen Fall! Das haben sie selber eingesehen und dazu musste ich nicht auf die Proteste der Bauern warten. Da habe ich am nächsten Tag schon interveniert. Das benötigt keine Schlepperdemonstration, um zu erkennen, dass man so was möglichst unterlässt.

May: Aber so, wie jetzt die Bundesregierung entschieden hat, dass sie einen Teil der Kürzungen zurückgenommen hat beziehungsweise zeitlich gestreckt hat, das ist für Sie okay?

Kretschmann: Nein! Ich kommentiere das nicht weiter. Ich trage dafür nicht die Verantwortung. Ich kann auch die Alternativen nicht aufzeigen. Das ist nicht meine Aufgabe. Aber es ist doch klar, dass man nicht ausgerechnet dort den Hebel ansetzt, wo die Leute aktuell gar keine Alternative haben. Wenn es jetzt Elektrotraktoren gäbe, wäre das ein ganz anderer Fall. Das ist aber nicht der Fall. Das ist der Hauptkritikpunkt. Man macht - und dazu noch unter der Flagge klimaschädlicher Subventionen – da einen Schnitt bei einer gebeutelten Branche, die dem aber gar nicht ausweichen kann. Die müssen doch ihre Felder nach wie vor bewirtschaften mit denselben Geräten und das ist der Kritikpunkt, und so was kann man nicht von Knall auf Fall machen.

May: Sie haben die Wut live mitbekommen beim Bürgerdialog, gemeinsam mit Cem Özdemir, in Erlenbach vor zwei Tagen. Was nehmen Sie mit?

Kretschmann: Das ist mir schon längstens klar. Deswegen habe ich den vierten Strategiedialog eingeführt, nämlich den Strategiedialog Landwirtschaft. Wir hatten die Konflikte schon mal; da ging es um ein Volksbegehren. Das hätte dazu geführt, dass Tausende von Betrieben hätten zumachen müssen. Das war bei der EU-Richtlinie zu den Pestiziden dasselbe. Von den Bauern erwarten wir, dass sie gute, schmackhafte, ökologisch erzeugte Lebensmittel erzeugen und unsere Kulturlandschaft pflegen. Das müssen sie aber auch machen können. Die müssen ja leben, sie und ihre Familien, und das haut einfach nicht hin. Deswegen habe ich schon sehr, sehr früh einen Strategiedialog eingeführt. Das ist ein auf lange Zeit angelegtes Gesprächs- und Arbeitsformat, in diesem Fall anderthalb Jahre, wo wir die Dinge dialogisch erörtern. Dialog heißt, die Sache durchsprechen, daraus die Konsequenzen ziehen. Das heißt, längst vor diesem Fall und den Protesten sind wir in einem engen Austausch mit der Landwirtschaft, mit dem Handel, mit den Verbrauchern, um in diesem Dreieck dahin zu kommen, wie man die Sachen zusammenbringt. Der Agrardiesel und die Geschichten haben nur das Fass zum Überlaufen gebracht.

May: Sie sagen es: Der Agrardiesel hat nur das Fass zum Überlaufen gebracht. Die Proteste gehen jetzt auch weit über die Bauernschaft hinaus. Da sind jetzt weite Teile der Bevölkerung, die sich mit den Bauern solidarisieren. Wie erklären Sie sich das?

Kretschmann: Jeder weiß, wir können vieles wollen und auf manches auch verzichten und manches machen. Aber essen müssen wir zum Schluss. Politik muss ihre Zuwendungen an die Landwirtschaft so gestalten, dass das auch gewährleistet ist.

May: Hat das Cem Özdemir nicht verstanden? Wir haben immerhin einen grünen Landwirtschaftsminister, der auch noch aus Baden-Württemberg kommt, immer wieder als Ihr Nachfolger gehandelt wird, und gerade die Grünen werden von weiten

Teilen der Bevölkerung bis weit in die Mitte der Gesellschaft hinein geradezu zum Feindbild gemacht. Fehlt Ihrer Partei das Gespür für die Menschen?

Kretschmann: Überhaupt nicht! Das hat jetzt mit dem Özdemir überhaupt nichts zu tun. Der hat sich ja sofort dagegen gewehrt. Diese Grünen-Patscherei, die wir da erleben, hat ganz andere Gründe. Die kommen aus dem Heizungsgesetz und nicht aus dem Agrardiesel-Konflikt, sondern das sind die Versäumnisse der Vergangenheit. Die können doch nicht von zwei Jahren Özdemir herrühren. Das ist ja schon an sich ein Ding der Unmöglichkeit.

May: Aber es wird gerade alles mit allem vermischt.

Kretschmann: Ja, so ist es leider.

May: Sie haben gesagt, Sie machen sich Sorgen wegen der Militanz der Proteste, beziehungsweise, dass die Proteste militant werden können. Was meinen Sie damit?

Kretschmann: Sie müssen einfach mal sehen: Solche Demonstrationen mit schwerem Gerät und dann noch teilweise sehr aggressive Reden, oder das, was mit Bundeswirtschaftsminister Habeck passiert ist, dass man übergriffig wird, ins Privatleben von Menschen geht – der war ja schließlich in seinem Urlaub; das war ja nicht auf seinem Amtssitz -, da merkt man (das merken wir aber allgemein), die Militanz, die verbale Grobheit und vieles andere, sogar Hass und Hetze nimmt zu. Dann versuchen die rechtspopulistischen Kreise, das zu kapern, und dadurch kommt auch noch mal ein ganz anderer Sound da rein. Das macht mir große Sorgen.

May: Wie erklären Sie sich das, dass das jetzt so passiert?

Kretschmann: Da das auf der ganzen Welt so ist – wir sehen ja, auf der ganzen Welt nehmen rechtspopulistische Bewegungen zu, Trump ante portas, wenn wir sehen, was in Argentinien ist oder was in Ungarn los ist, was in Frankreich los ist. Da muss man sehen, das hat mit den tiefen Krisen und dem großen Wandel, dem wir unterliegen, in der Gesellschaft was zu tun, mit den geopolitischen Veränderungen: Krieg in Europa, der Klimawandel, den wir jetzt alle spüren, die demographische Entwicklung, die Industrienationen schrumpfen, im Süden wachsen sie weiter, mit den großen Migrationsströmen, die wir haben, dazu Künstliche Intelligenz, Digitalisierung. Das sind riesige Herausforderungen mit einem enormen Tempo und das überfordert die Leute einfach, erzeugt teilweise Ängste, und dann entsteht das Gefühl, zurück in die guten alten Zeiten. Das ist ja das Programm der AfD, mit Nationalismus alles getriggert, und das ist das Problem, das wir in der Welt haben.

May: Herr Kretschmann, jetzt haben wir gerade von einem Treffen von Identitären und Rechtsextremen in Potsdam erfahren, wo über Abschiebung von unter anderem missliebigen Deutschen mit Migrationshintergrund offenbar gesprochen wurde, bei dem offenbar auch einflussreiche AfD-Funktionäre und mutmaßlich sogar zwei CDU-Mitglieder zugegen waren. Wie groß ist denn die Gefahr, die tatsächliche Gefahr, dass dieser Staat von rechts unterwandert wird?

Kretschmann: Die ist enorm. Die Demokratie ist wirklich in Gefahr. Das wird jetzt an solchen Sachen deutlich. Aber jeder, der das beobachtet, weiß das ja, dass da eine ganz gefährliche Strömung auf uns zukommt, und da müssen wir jetzt alle endlich mal richtig aufwachen und wirklich die Auseinandersetzung in einer anderen Weise führen wie bisher. Wir können nicht immer nur mit Empörung darauf reagieren, sondern wir müssen, gerichtet an die Menschen, deutlichmachen, was das alles bedeutet und dass solche Kräfte uns schon mal ins Unheil geführt haben. Wir haben eine große Auswahl an Parteien der Mitte und wieder die Menschen dazu zu gewinnen, dass sie in diesem Spektrum wählen, da haben sie eine gute Auswahl, jeder für seine Position, und es gibt keinen Grund, extreme Parteien zu wählen. Es gibt keinen Grund dafür! Aber wenn man es tut, dann verschlimmert man nur alles.

May: Sollte man ein AfD-Verbot zumindest prüfen?

Kretschmann: Prüfen kann man immer alles, aber erst mal müssen wir die Auseinandersetzung aufnehmen. Solche Dinge haben eine sehr, sehr hohe Hürde und bevor wir gleich zum letzten Mittel greifen, müssen wir jetzt endlich die Auseinandersetzung in einer ganz anderen Weise aufnehmen, als wir das bisher gemacht haben, aber einfach auch gucken, dort wo es Grenzüberschreitungen gibt, muss man die auch ahnden. Wenn es Grenzüberschreitungen gibt, muss man hinsehen, egal ob das Klimakleber sind, oder ob das extremistische Bauern sind, die es ja leider auch gibt, wobei die große Mehrheit völlig legitim und auch ordentlich demonstriert, damit da kein Missverständnis entsteht. Aber immer dort, wo Extremisten zugange sind, egal unter welcher Flagge, müssen wir auch klar Kante zeigen.

May: Wann wäre für Sie die Schwelle überschritten, wo Sie sagen würden, jetzt wäre ein Verbotsverfahren wirklich angezeigt?

Kretschmann: Ja, gut, das kann man jetzt nicht mit Ja und Nein beantworten, zu sagen, wo ist die Schwelle unterschritten.

May: War ja auch keine Ja-Nein-Frage.

Kretschmann: Ich habe ja schon mal solch ein Verbotsverfahren eingeleitet als Bundesratspräsident zur NPD und das haben wir verloren.

May: Weil die NPD zu unbedeutend war. Das war die Begründung.

Kretschmann: Das verstehe ich bis heute nicht, dass man eine Partei erst dann verbieten kann, wenn sie richtig gefährlich wird, und nicht schon dann, wenn sie noch nicht gefährlich ist. Wenn man solch ein Verbotsverfahren anstrengt, darf man es nicht verlieren, und darum ist das eine ganz schwerwiegende und schwer zu beantwortende Frage.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.